

Noam Chomsky & C.J. Polychroniou

# **Zuversicht in Zeiten des Zerfalls**

**Warum wir trotz Terror, Trump  
und Turbo-Kapitalismus  
optimistisch bleiben sollten**

*Aus dem amerikanischen Englisch  
von Sven Wunderlich*

UNRAST

## Trump im Weißen Haus\*

C. J. POLYCHRONIOU

Noam, das Undenkbare ist eingetreten. Aller Vorhersagen zum Trotz hat Donald Trump einen klaren Sieg über Hillary Clinton errungen, und der Mann, den Michael Moore als »erbärmlichen, ignoranten, gefährlichen Teilzeit-Clown und Vollzeit-Soziopathen« bezeichnet hat, wird der nächste Präsident der Vereinigten Staaten sein. Was vor allem hat die amerikanischen WählerInnen dazu veranlasst, den größten Schock in der Politikgeschichte der USA auszulösen?

NOAM CHOMSKY

Bevor ich mich deiner Frage zuwende, möchte ich einige Augenblicke Revue passieren lassen, was am 8. November eigentlich geschehen ist. Dieser Tag könnte zu den wichtigsten in der Menschheitsgeschichte gehören – je nachdem, wie wir darauf reagieren. Und das ist keine Übertreibung ...

Dass die wichtigste Nachricht des 8. November beinahe unbemerkt blieb, verrät schon einiges.

Auf der internationalen Klimakonferenz in Marokko (COP22), die das Pariser COP21-Abkommen weiterführen sollte, berichtete die *Weltorganisation für Meteorologie* (WMO) am 8. November, dass die letzten fünf Jahre die heißesten waren, die jemals aufgezeichnet wurden. Die Meeresspiegel würden infolge des unerwartet schnell schmelzenden Polareises bald noch weiter ansteigen; vor allem das Schmelzen der arktischen Gletscher sei höchst bedenklich. Die arktische Eismasse ist allein in den letzten fünf Jahren um 28 Prozent unter den Durchschnitt der letzten 29 Jahre gesunken. Das lässt nicht nur die Meeresspiegel steigen, sondern verringert auch den Kühlungseffekt des Polareises, da durch dessen Abnahme weniger einfallendes Sonnenlicht reflektiert wird. Demzufolge beschleunigen sich die düsteren Effekte der globalen Erwärmung. Neben weiteren finsternen Meldungen und Vorhersagen berichtete die WMO, dass die Temperaturen den in COP21 festgelegten Zielen bereits jetzt gefährlich nahekommen.

Ein weiteres Ereignis, das am 8. November stattfand, könnte – wieder aus Gründen, die kaum Beachtung fanden – von ähnlich großer historischer Bedeutung sein.

\* Ursprünglich veröffentlicht in *Truthout* am 14. November 2016.

An diesem Tag fanden im mächtigsten Land der Weltgeschichte, das allen künftigen Entwicklungen seinen Stempel aufdrücken wird, Wahlen statt. Das Ergebnis legte die Regierungskontrolle – über Exekutive, Kongress, Obersten Gerichtshof – vollständig in die Hände der Republikaner, die somit zur gefährlichsten Organisation der Weltgeschichte geworden sind.

Mit Ausnahme der letzten Bemerkung ist alles Gesagte unstrittig. »Gefährlichste Organisation der Weltgeschichte« mag weit hergeholt, ja völlig überzogen erscheinen. Aber ist es das wirklich? Die Fakten legen das Gegenteil nahe: Die Republikaner haben sich der baldigen Zerstörung des organisierten menschlichen Lebens verschrieben – eine solche Position ist historisch beispiellos.

Übertreibe ich vielleicht? Bedenken wir, wovon wir gerade Zeugen geworden sind.

Während der republikanischen Vorwahlen haben alle KandidatInnen die Gegebenheiten der Realität geleugnet – mit Ausnahme einiger »vernünftiger«, gemäßigter RepublikanerInnen wie Jeb Bush, die ohnehin alles Zukünftige für ungewiss halten und meinen, wir bräuchten gar nichts zu unternehmen, da wir dank Fracking mehr Erdgas produzieren, oder John Kasich, der die globale Erwärmung zwar nicht leugnet, aber betont, dass »wir bei uns Zuhause in Ohio weiterhin [Kohle] verbrennen und uns dafür nicht entschuldigen werden«.

Der siegreiche Kandidat und designierte Präsident fordert eine schnell steigende Nutzung fossiler Brennstoffe, inklusive Kohle, einen Abbau von Regulationen, eine Verweigerung von Unterstützung für Entwicklungsländer, die zu erneuerbaren Energien übergehen wollen und jede Menge mehr von dem, was uns schnellstmöglich an den Abgrund bringt.

Trump hat bereits Schritte eingeleitet, die US-Umweltschutzbehörde (EPA) aufzulösen und die Leitung dieser Maßnahme Myron Ebell übertragen, einem berüchtigten (und hochmütigen) Klimawandel-Leugner. Der Milliardär und Ölfirmen-CEO Harold Hamm, Trumps engster Berater in Energiefragen, hat seine – vorhersehbaren – Erwartungen zum Ausdruck gebracht: Abbau von Regulationen, Steuersenkungen für die Industrie (und für Reiche und Konzerne generell), verstärkte Nutzung fossiler Brennstoffe, Aufhebung des von Obama verfügtten vorläufigen Bau-Stoppes der *Dakota Access Pipeline*. Die Märkte reagierten im Handumdrehen. Die Investitionen in Energiekonzerne schossen in die Höhe – selbst der weltgrößte Kohleproduzent *Peabody Energy*, der Konkurs angemeldet hatte, konnte nach Trumps Sieg einen 50-prozentigen Zugewinn verzeichnen.

Die Folgen des republikanischen Leugnens haben bereits Wellen geschlagen. Man hatte gehofft, das Pariser COP21-Abkommen würde zu einem bindenden Vertrag führen, doch da der republikanisch kontrollierte Kongress keine bindenden Verträge akzeptieren würde, wurden alle Gedanken daran ad acta gelegt. Das Ergebnis war eine offenkundig viel schwächere Vereinbarung auf freiwilliger Basis.

Die Auswirkungen könnten sich bald noch deutlicher bemerkbar machen als bisher. Allein in Bangladesch, so wird vermutet, werden in den folgenden Jahren wegen der steigenden Meeresspiegel und zunehmend schlechteren Wetterverhältnisse Dutzende Millionen Menschen aus tiefliegenden Gebieten fliehen müssen und dadurch eine Migrationskrise auslösen, welche die aktuelle Krise weit in den Schatten stellt. Völlig zu Recht findet der führende Bangladescher Klimaforscher, dass »diese Migranten berechtigt sein sollten, in Länder überzusiedeln, aus denen all die Treibhausgase stammen. Millionen Menschen sollte die Einreise in die USA gewährt werden«. Und genauso in andere reiche Länder, die Vermögen anhäuferten, während sie ein neues geologisches Zeitalter, das Anthropozän, eingeläutet haben, das von der radikalen Transformation der Umwelt durch den Menschen geprägt ist. Wenn die Temperaturen, die für die Armen schon jetzt unerträglich sind, unaufhaltsam weiter steigen, sodass die Himalaya-Gletscher schmelzen und die ganze Wasserversorgung gefährdet ist, werden sich die katastrophalen Folgen zwangsläufig nicht nur in Bangladesch, sondern in ganz Südasien zeigen. In Indien sollen bereits rund 300 Millionen Menschen von einer ausreichenden Trinkwasserversorgung abgeschnitten sein; die Folgen werden aber noch viel weiter reichen.

Dass wir vor der bedeutendsten Frage unserer Geschichte stehen – ob das organisierte Leben der Menschen in einer uns vertrauten Form fortgesetzt werden kann – und worin unsere Antwort darauf in einem beschleunigten Wettlauf zum Untergang liegt, ist kaum zu fassen.

Ähnliches gilt für die andere große Frage, die das Weiterleben der Menschheit bedroht: die Gefahr der nuklearen Vernichtung, die seit 70 Jahren wie eine graue Wolke über uns schwebt und jetzt anschwillt.

Die erstaunliche Tatsache, dass all das in der umfangreichen Berichterstattung zum Wahlspektakel nur beiläufig erwähnt wurde, lässt sich ebenso schwer in Worte fassen – zumindest fehlen mir die passenden Worte.

Um nun zu deiner Frage zu kommen: Offenbar scheint Clinton genau genommen eine knappe Stimmenmehrheit erhalten zu haben. Trumps scheinbar klarer Sieg hat mit den Eigenheiten der US-Politik zu tun: Der

Wahlausschuss etwa ist ein Überbleibsel davon, dass die USA als Bund separater Staaten gegründet wurden; der Gewinner eines Staates erhält alle Stimmen; bei der Kongresswahl wird ländlichen Distrikten mehr Gewicht beigemessen (manchmal durch Wahlkreisschiebung) – bei den vorigen und wohl auch den jetzigen Wahlen hatten die Demokraten in der Volksabstimmung für das Repräsentantenhaus zwar einen komfortablen Vorsprung, aber dennoch weniger Sitze; die sehr hohe Nichtwählerrate (bei den meisten Präsidentschaftswahlen, auch der aktuellen, fast die halbe Bevölkerung) und weiteres. Nicht unwichtig für künftige Wahlen ist, dass Clinton bei den 18–25-Jährigen klar gewonnen hat und dieselbe Altersklasse Sanders noch stärker unterstützte. Wie sehr das ins Gewicht fallen wird, hängt von der Zukunftsentwicklung ab.

Nach jetzigem Informationsstand hat Trump von weißen WählerInnen, der Arbeiterklasse und der unteren Mittelschicht (besonders im Einkommensbereich von 50.000–90.000 US-Dollar aus ländlichen oder Vorstadtgebieten und insbesondere ohne College-Bildung) mehr Unterstützung erhalten als irgendjemand vor ihm. Diese Gesellschaftsgruppen teilen die Wut, die überall im Westen auf das »gemäßigte Establishment« herrscht – Ähnliches zeigen die unerwartete Brexit-Abstimmung und der Niedergang gemäßigter Parteien in Kontinentaleuropa. Viele Verärgerte und Unzufriedene leiden unter der neoliberalen Politik, die in der vorigen Generation begonnen wurde und die der US-Notenbankchef Alan Greenspan in einer Anhörung vor dem Kongress beschrieb. Wirtschaftsexperten und weitere Bewunderer hatten Greenspan »den heiligen Alan« genannt, bevor die von ihm verwaltete Wirtschaft 2007–2008 auf wundersame Art und Weise kollabierte und die ganze Weltökonomie mit in den Abgrund zu stürzen drohte. Wie Greenspan zu seinen Glanzzeiten deutlich machte, fußten seine Erfolge im Wirtschaftsmanagement maßgeblich auf der »wachsenden Arbeiterunsicherheit«: Ist die arbeitende Bevölkerung eingeschüchtert, verlangt sie keine höheren Löhne, Sozialleistungen und Sicherheiten, sondern gibt sich mit stagnierenden Löhnen und geringeren Sozialleistungen zufrieden, was aus neoliberaler Perspektive eine gesunde Wirtschaft ausmacht.

ArbeiterInnen, die an diesen wirtschaftstheoretischen Experimenten teilgenommen haben, hätten darauf bestimmt gut verzichten können. Sie sind nicht gerade glücklich darüber, dass 2007, auf dem Höhepunkt des neoliberalen »Wunders«, die Einkommen in nichtleitenden Positionen geringer waren als in früheren Jahren oder dass die Realeinkommen von Männern etwa dem Stand der sechziger Jahre entsprach, während sehr Wenige an der

Spitze – ein winziger Bruchteil des obersten Prozents – spektakuläre Gewinne einführen. Das ist nicht auf Marktkräfte, Leistungen oder Verdienste zurückzuführen, sondern, wie der Ökonom Dean Baker in neuveröffentlichten Studien gründlich untersucht hat, auf politische Entscheidungen.<sup>1</sup>

Die Entwicklung des Mindestlohns veranschaulicht die Ereignisse. Während des größeren, egalitären Wachstums in den fünfziger und sechziger Jahren folgte der Mindestlohn – der die Untergrenze für andere Löhne bildet – der Produktivität. Das änderte sich mit dem Erfolgskurs der neoliberalen Doktrin. Seitdem stagniert der Mindestlohn (bzw. sein realer Wert). Wäre die Entwicklung weitergegangen wie bisher, läge er heute irgendwo bei 20 US-Dollar die Stunde, doch stattdessen betrachtet man es schon als politische Revolution, wenn man ihn wenigstens auf 15 US-Dollar anheben könnte.

Ungeachtet des ganzen Geredes über »annähernde Vollbeschäftigung« ist das Arbeitsvolumen zurückgegangen. Überdies ist es für ArbeiterInnen ein großer Unterschied, ob sie wie früher in der Warenproduktion Festanstellungen mit Tariflöhnen und Sozialleistungen haben oder ob sie einen Aushilfsjob mit geringer Sicherheit in irgendeinem Dienstleistungsgewerbe machen müssen. Neben Löhnen, Sozialleistungen und Sicherheit haben die Würde und die Zuversicht abgenommen – das Gefühl, zur Welt zu gehören und eine wichtige Rolle in ihr zu spielen, ist zurückgegangen.

Arlie Hochschild hat die Folgen dieser Entwicklung in einer Trump-Hochburg in Louisiana, wo sie jahrelang lebte und arbeitete, in kluger, einfühlsamer Weise untersucht.<sup>2</sup> Sie bedient sich der Symbolik einer Linie, in der die AnwohnerInnen stehen. Da sie hart arbeiten und sich an die gängigen Prinzipien halten, erwarten sie, kontinuierlich voranzuschreiten. Doch die Linie ist ins Stocken geraten. Vor ihnen springen Leute nach vorne, was aber kaum Bestürzung hervorruft, denn schließlich ist es der »Amerikanische Traum«, für (vermeintliche) Verdienste belohnt zu werden. Echte Bestürzung verursachen die Geschehnisse hinter ihnen: Aus Sicht der AnwohnerInnen werden AfroamerikanerInnen, MigrantInnen und andere »Unwürdige«, auf die sie oft herabschauen und die angeblich »die Regeln missachten«, durch Regierungsprogramme zu Unrecht vor ihnen platziert. Das Ganze verschärft sich durch Ronald Reagans rassistische Konstruktion von »Sozialhilfebetrügern« (natürlich Schwarze), die Weißen ihr hart erarbeitetes Geld und andere Träume wegnehmen.

Manchmal führen gescheiterte Erklärungsversuche, die ihrerseits etwas Geringschätziges an sich haben, zu Hass gegen die Regierung. In Boston

begegnete ich einmal einem Maler, der von der »bösen« Regierung bitter enttäuscht worden war. Ein Bürokrat aus Washington, der keinen blassen Schimmer vom Streichen hatte, hatte eine Versammlung von Malerfirmen einberufen, um diesen mitzuteilen, dass sie keine Bleifarbe mehr verwenden dürften. Was der Anzugträger nicht begriffen hatte, aber alle MalerInnen wussten: Bleifarbe war »die einzige Farbe, die ihren Zweck erfüllt«. Die Umstellung zerstörte die kleine Firma des Malers und zwang ihn, wieder eigenhändig Häuser zu streichen und dabei die minderwertige Farbe zu verwenden, die die Regierungseliten ihm aufgenötigt hatten.

Gelegentlich sind solche Haltungen gegenüber staatlichen Bürokratien nachvollziehbar. Hochschild berichtet von einem Mann, dessen Familie und Freunde stark unter den tödlichen Effekten chemischer Verschmutzung zu leiden haben. Er hasst die Regierung und die »liberalen Eliten«, denn für ihn besteht die US-Umweltschutzbehörde aus unwissenden Typen, die zwar keine Ahnung von Chemiefabriken haben, ihm aber sagen, er dürfe nicht fischen gehen.

Ich habe nur Stichproben aus dem wirklichen Leben von Trump-AnhängerInnen herausgegriffen. Trump machte sie glauben, er werde etwas gegen ihre Not unternehmen, obwohl ein flüchtiger Blick auf seine Steuer- und anderweitigen Pläne das Gegenteil beweist. Das stellt AktivistInnen vor die Aufgabe, das Schlimmste abzuwenden und bitter nötige Änderungen vorzubringen.

Wählerbefragungen direkt nach der Stimmabgabe legen nahe, dass die leidenschaftliche Unterstützung für Trump vor allem auf der Überzeugung basierte, Trump stünde für einen Wandel, während Clinton als Kandidatin wahrgenommen wurde, die ihre Not nicht beseitigen würde. Der von Trump aller Wahrscheinlichkeit nach eingeleitete »Wandel« wird bestenfalls Schaden anrichten – doch in einer atomisierten Gesellschaft isolierter Individuen ohne Vereinigungen, die aufklären und die Menschen organisieren könnten (wie Gewerkschaften), dringen die Folgen logischerweise nicht ins Bewusstsein vor. Das ist der primäre Unterschied zwischen der jetzigen Verzweiflung und der erwartungsvollen Stimmung, die bei vielen ArbeiterInnen während der Großen Depression in den dreißiger Jahren unter weit aus größerem wirtschaftlichem Druck herrschte.

Trumps Sieg hat weitere Gründe. Wie vergleichende Studien zeigen, ist der Glaube an eine »Überlegenheit der Weißen« in der amerikanischen Kultur noch viel einflussreicher als in der südafrikanischen, und dabei es ist kein Geheimnis, dass die weiße Bevölkerung abnimmt. In ein bis zwei

Jahrzehnten, so die Prognosen, werden weiße ArbeiterInnen in der Minderheit sein, und nicht viel später wird auch die weiße Bevölkerung die Minderheit stellen. Zudem herrscht die Meinung vor, die traditionelle konservative Kultur werde durch die erfolgreiche »Identitätspolitik« der Eliten angegriffen, die für »hart arbeitende, patriotische, [weiße] Amerikaner, die Kirchengänger sind und echte Familienwerte haben«, nur Verachtung übrig haben. Diese Menschen sehen das ihnen vertraute Land vor ihren Augen am Horizont verschwinden.

Eine Schwierigkeit, die Öffentlichkeit für die extreme Gefahr der globalen Erwärmung zu sensibilisieren, liegt darin begründet, dass 40 Prozent der US-Bevölkerung die globale Erwärmung für unproblematisch halten, da »Jesus Christus in wenigen Jahrzehnten wiederkehren« werde. Etwa genauso viele glauben, die Welt sei erst vor wenigen tausend Jahren erschaffen worden. Wenn Wissenschaft und Bibel sich einander widersprechen, dann zieht die Wissenschaft den Kürzeren. Etwas Ähnliches lässt sich kaum in anderen Gesellschaften finden.

Die Demokraten haben seit den siebziger Jahren jede echte Initiative für ArbeiterInnen aufgegeben, und so wurden sie in die Reihen ihrer erbitterten Klassenfeinde gezogen, die zumindest vorgeben, ihre Sprache zu sprechen – so wie Reagans gesellig-volksnahe Angewohnheit, Späßchen zu machen und dabei *Jelly Beans* zu essen oder George W. Bushs gründlich gepflegtes Image eines »einfachen Mannes«, der es liebt, bei 40 Grad Gestrüpp auf seiner Ranch zu schneiden und danach in eine Kneipe zu gehen – nicht zu vergessen seine offenbar vorgetäuschten Aussprachefehler (in *Yale* hat er sicher nicht so geredet). Und jetzt Trump, der Leuten mit berechtigten Klagen – die nicht nur ihre Arbeit, sondern auch ihr Selbstwertgefühl verloren haben – eine Stimme gibt und sich über eine Regierung entrüstet, von der die Menschen (nicht ohne Grund) glauben, dass sie ihr Leben verschlechtert hat.

Zu den größten Erfolgen des Propaganda-Systems gehört, die Wut der Menschen von der Privatwirtschaft abzulenken und auf die Regierung zu fokussieren. Doch die Regierung realisiert die Programme der Privatwirtschaft, beispielsweise die höchst protektionistischen Abkommen für Konzern-/Investorenrechte, die in Medien und Berichten durchweg fälschlicherweise »Freihandelsabkommen« genannt werden. Doch ungeachtet all ihrer Mängel wird die Regierung, im Gegensatz zur Privatwirtschaft, in gewissem Maß von der Bevölkerung beeinflusst und kontrolliert. Aus Sicht der Konzernwelt ist es wunderbar, Hass gegen arrogante Regierungsbüro-

kraten zu befördern und den Leuten die subversive Idee aus den Köpfen zu schlagen, dass die Regierung ein Werkzeug des öffentlichen Willens sein könnte, das von der Bevölkerung ausgeht und für die Bevölkerung arbeitet.

C. J. POLYCHRONIOU

Steht Trump für eine neue Bewegung in der amerikanischen Politik oder kam das Wahlergebnis größtenteils dadurch zustande, dass die WählerInnen Hillary Clinton ablehnen, weil sie die Clinton-Familie hassen und von der »Weiter-so!-Politik« die Schnauze voll haben?

NOAM CHOMSKY

Diese Entwicklungen sind keineswegs neu. Im neoliberalen Zeitalter haben sich beide Parteien nach rechts bewegt. Die heutigen »Neuen Demokraten« sind den früheren »gemäßigten Republikanern« ziemlich ähnlich. Die Republikaner haben sich den Reichen und Konzernen in einem solchen Maß verschrieben, dass sie mit ihren eigentlichen Programmen nicht mehr auf Stimmen hoffen können. Also haben sie Bevölkerungsteile mobilisiert, die es seit jeher gab, die aber noch nie eine organisierte, gebündelte Kraft gebildet hatten: Evangelikale, Nativisten, Rassisten und die Leidtragenden der gegenwärtigen Globalisierung. Diese Form der Globalisierung ist so konstruiert, dass sie ArbeiterInnen weltweit in Konkurrenz zueinander bringt und privilegierte Kreise behütet. Zudem untergräbt sie rechtliche und andere Mittel, durch die ArbeiterInnen einen gewissen Schutz und Möglichkeiten – insbesondere effektive Gewerkschaften – hatten, um im eng miteinander verzahnten, öffentlich-privaten System politische Entscheidungen beeinflussen zu können. Nichts davon ist eine zwangsläufige Folge der Globalisierung; vielmehr handelt es sich um eine Investorenfreundliche Globalisierung, um ein Gemisch aus Protektionismus, Investorenrechten und einigen wenigen Bestimmungen, die tatsächlich mit Handel zu tun haben.

Die Konsequenzen waren in den letzten republikanischen Vorwahlen ersichtlich. Alle von der Parteibasis aufgestiegenen KandidatInnen vertraten derart extreme Standpunkte, dass das republikanische Establishment seine üppigen Ressourcen einsetzen musste, um sie wieder loszuwerden. Sehr zum Ärger des Establishments misslang das bei der Wahl 2016, wie wir beobachten konnten.

Zu Recht oder Unrecht verkörperte Clinton die gefürchtete und verhasste Politik, während man Trump als Symbol eines »Wandels« wahr-

nahm. Um zu sehen, welcher Art dieser Wandel ist, müssen wir uns seine tatsächlichen Vorschläge, die in der öffentlichen Berichterstattung größtenteils ignoriert werden, näher anschauen. Sein Wahlkampf hat Sachfragen gekonnt umgangen. Die medialen Berichte kamen dem im Allgemeinen nach und hielten sich an das Prinzip der »wahren Objektivität«: Über alles »innerhalb der engen Grenzen« darf sorgfältig berichtet werden, aber alles jenseits dieser Grenzen ist Sperrgebiet.

C.J. POLYCHRONIOU

Nach der Wahl ließ Trump verlauten, er werde »alle Amerikaner repräsentieren«. Wie will er das anstellen, wo doch das Land so gespalten ist? Er hat bereits tiefe Verachtung für viele Bevölkerungsgruppen in den USA, einschließlich Frauen und Minderheiten, zum Ausdruck gebracht. Siehst du Gemeinsamkeiten zwischen dem Brexit und Trumps Sieg?

NOAM CHOMSKY

Die Ähnlichkeit zum Brexit und zum Erfolg ultranationalistischer, extremer rechter Parteien in Europa ist unübersehbar. Die Vorsitzenden dieser Parteien – Nigel Farage, Marine Le Pen, Viktor Orban und andere ihres Schlages – gratulierten Trump unmittelbar nach seinem Sieg und nahmen ihn als einen von ihnen wahr. Diese Entwicklungen sind sehr besorgniserregend. Ein Blick auf Umfragen in Österreich und Deutschland – *Österreich und Deutschland* – muss bei allen, die mit den dreißiger Jahren vertraut sind – und besonders bei denen, die die Ereignisse wie ich als Kind direkt miterlebt haben – unangenehme Gedanken hervorrufen. Ich erinnere mich noch, wie ich Hitler reden hörte, ohne seine Worte zu verstehen. Doch sein Tonfall und die Reaktionen des Publikums ließen mir das Blut in den Adern gefrieren. Ich erinnere mich, wie ich im Februar 1939, nach der Kapitulation von Barcelona, meinen allerersten Artikel schrieb; er handelte von der offensichtlich unaufhaltsamen Ausbreitung der faschistischen Plage. Es ist schon ein merkwürdiger Zufall, dass meine Frau und ich den Ausgang der US-Präsidentenwahlen 2016 von Barcelona aus beobachtet haben.

Wie Trump seine Äußerungen – seine Äußerungen, nicht seine Taten – handhaben wird, lässt sich nicht im Voraus sagen. Die auffälligste seiner Eigenschaften ist vielleicht seine Unberechenbarkeit. Von der Reaktion derer, die sich von seinen Reden und angekündigten Plänen abgestoßen fühlen, wird viel abhängen.

C.J. POLYCHRONIOU

Trump hat keine erkennbare politische Ideologie als Leitbild für wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Fragen, doch sein Verhalten lässt deutliche autoritäre Züge erkennen. Hältst du die Behauptung, Trump verkörpere die Anfänge eines »Faschismus mit freundlichem Antlitz« in den USA, für stichhaltig?

NOAM CHOMSKY

Seit Jahren habe ich auf die Gefahr hingewiesen, dass in den USA ein authentischer, charismatischer Ideologe Macht erlangen könnte – jemand, der die seit langem gärende Angst und Wut weiter Gesellschaftsteile ausschaltet, diese von den wirklichen Ursachen der Missstände entkoppelt und auf wehrlose Zielgruppen lenkt. Das könnte durchaus zu einer Situation führen, die der Soziologe Bertram Gross vor 35 Jahren in einer weitsichtigen Studie als »freundlichen Faschismus« bezeichnet hat. Allerdings bräuchte es dafür einen anständigen Ideologen – eine Art Hitler –, nicht aber jemand wie Trump, dessen einzige erkennbare Ideologie sein Ego ist. Dennoch ist die Gefahr seit langem real und wegen der Kräfte, die Trump entfesselt hat, jetzt womöglich noch größer.

C.J. POLYCHRONIOU

Nun sitzen die Republikaner im Weißen Haus, sie kontrollieren beide Häuser und die Zusammensetzung des Obersten Gerichtshofs – wie werden die USA in den nächsten vier Jahren und in der Zeit danach aussehen?

NOAM CHOMSKY

Vieles wird von Trumps Ernennungen und seinem Beraterkreis abhängen. Die ersten Anzeichen sind, zurückhaltend gesagt, unschön.

Der Oberste Gerichtshof wird sich über viele Jahre in der Hand von Reaktionären befinden – mit den üblichen Folgen. Sollte Trump seine Finanzpläne à la Paul Ryan durchsetzen, werden die Superreichen erheblich davon profitieren – das *Tax Policy Center* schätzt: Steuersenkungen von 14 Prozent für die oberen 0,1 Prozent sowie generelle Erleichterungen für die oberen Einkommen, doch keinerlei Steuerersparnisse für die übrige Bevölkerung, auf die – im Gegenteil – neue, massive Belastungen zukommen werden. Martin Wolf, der namhafte Wirtschaftsjournalist der *Financial Times*, merkt dazu an: »Die Steuerpläne würden bereits reiche Amerikaner wie Mr. Trump mit enormen Profiten überschütten«, aber andere, darunter na-

türlich seine eigenen WählerInnen, im Regen stehen lassen. Die rasche Reaktion der Wirtschaft auf die Steuerpläne enthüllt, dass Pharma-Riesen, die Wall Street, die Militärindustrie, Energiefirmen und andere ebenso prächtige Einrichtungen eine glänzende Zukunft erwarten.

Eine positive Entwicklung könnte von Trumps versprochenem Infrastrukturprogramm ausgehen (über das viel berichtet und geschrieben wurde). Verschwiegen wurde allerdings, dass es sich im Kern um Obamas Stimulationsprogramm handelt, das der Wirtschaft und der Gesellschaft allgemein große Vorteile gebracht hätte, vom republikanisch kontrollierten Kongress aber unter dem Vorwand, es würde die Staatsverschuldung explodieren lassen, verworfen wurde. Damals war das wegen der sehr niedrigen Zinssätze fadenscheinig, doch jetzt gilt es im höchsten Maße für Trumps Programm, das nun überdies Steuersenkungen für Reiche und Konzerne sowie höhere Ausgaben für das Pentagon umfasst.

Dick Cheney erklärte Bushs Finanzminister Paul O'Neill aber, wie dieses Problem gelöst werden könne, denn »Reagan hat bewiesen, dass die Staatsverschuldung keine Rolle spielt«. Damit meinte er folgendes: Um öffentliche Unterstützung zu gewinnen, verschulden die Republikaner den Staatshaushalt und überlassen es dann anderen, vorzugsweise Demokraten, das Schlamassel wieder aufzuräumen. Zumindest vorübergehend könnte ihre Strategie funktionieren.

Die Auswirkungen auf die Außenpolitik werfen genauso viele, größtenteils unbeantwortete Fragen auf.

C. J. POLYCHRONIOU

Trump und Putin haben Bewunderung für einander übrig. Wie wahrscheinlich ist es, dass wir in den Beziehungen zwischen den USA und Russland eine neue Ära erleben werden?

NOAM CHOMSKY

Eine hoffnungsvolle Perspektive könnte der Abbau der überaus gefährlichen, wachsenden Spannungen an den russischen Grenzen sein – man beachte, *an den russischen Grenzen*, nicht an den mexikanischen. Das ist jedoch ein Thema für sich, das wir hier übergehen müssen. Zudem könnte sich Europa von Trumps Amerika distanzieren, wie es bereits Kanzlerin Merkel und andere europäische Führungsfiguren angedeutet haben – und nach dem Brexit könnte sich Europa ebenfalls von Großbritannien, einem Sprachrohr der amerikanischen Macht, distanzieren. Das könnte zu europä-

ischen Bemühungen führen, die Spannungen mit Russland abzubauen, vielleicht sogar zu Versuchen, so etwas wie Michail Gorbatschows Vision eines integrierten eurasischen Sicherheitssystems ohne gleichzeitige Militärallianzen zu realisieren. Das haben die USA immer abgelehnt und stattdessen die NATO-Erweiterung befürwortet. Vor kurzem hat Putin Gorbatschows Vision neues Leben eingehaucht – ob er es ernst damit gemeint hat, wissen wir nicht, denn seine Geste wurde zurückgewiesen.

C. J. POLYCHRONIOU

Wird die Trump-Regierung außenpolitisch militaristischer sein als die Regierung von Obama oder sogar die von Bush?

NOAM CHOMSKY

Ich finde Trump zu unberechenbar, um das sicher beantworten zu können – zu viele Fragen sind offen. Sicher ist allerdings, dass die Mobilisierung und der Aktivismus der Bevölkerung einen großen Unterschied ausmachen können, sofern sie gut organisiert und umgesetzt werden.

Und vergessen wir nicht, was alles auf dem Spiel steht.